

Gewaltphantasien gegen den Gesundheitsminister und die Bundesrepublik

Vorbereitung einer "staatsgefährdenden Gewalttat": Die Ermittler gegen "Vereinte Patrioten" sind auch in Niedersachsen fündig geworden

Freitag 15. April 2022 - Koblenz / Bad Zwischenahn (wbn). Auch in Niedersachsen haben Ermittler der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz und des Landeskriminalamtes Rheinland-Pfalz in ihrer bundesweiten Aktion gegen die militante Chatgruppe „Vereinte Patrioten“ zugeschlagen. Ein 42 Jahre alter Mann aus dem niedersächsischen Bad Zwischenahn soll zu den Hauptverdächtigen gehören.

Gegen ihn besteht der Verdacht einer „Terrorfinanzierung“. Nach Laatzen im Raum Hannover führt eine weitere Spur zu einem Verdächtigen. Diese Gruppe soll auch die Entführung des Bundesgesundheitsministers Karl Lauterbach geplant haben. Die Koblenzer Staatsanwaltschaft: „Die Beschuldigten sind deutsche Staatsangehörige im Alter von 55, 54, 50, 42, und 41 Jahren. Ihnen werden die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, und Verstöße gegen das Waffen- und Kriegswaffenkontrollgesetz vorgeworfen.“

Fortsetzung von Seite 1 Die Gruppe bewegt sich im Umfeld militanter „Reichsbürger“ und sogenannter „Querdenker“ und soll neben der Entführung des prominenten Bundesministers Sprengstoffanschläge und andere Gewalttaten vorbereitet haben. Zu den Gewaltphantasien gehörten bürgerkriegsähnliche Zustände und die Zerstörung der bundesweiten Stromversorgung. Nachfolgend die Mitteilung der Koblenzer Generalstaatsanwaltschaft vom gestrigen Tag: „Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder der Chatgruppe "Vereinte Patrioten" wegen Vorbereitung von Sprengstoffanschlägen und anderer Gewalttaten

Bundeweite Durchsuchungen und Festnahmen

Seit Oktober 2021 führt das LKA unter Sachleitung der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz - Landeszentralstelle zur Verfolgung von Extremismus und Terrorismus (ZeT_rlp) - ein Ermittlungsverfahren gegen eine Gruppierung, deren erklärtes Ziel es ist, Einrichtungen der Stromversorgung zu zerstören, um einen länger andauernden bundesweiten Stromausfall herbeizuführen. Damit sollten nach der Vorstellung der Beschuldigten bürgerkriegsähnliche Zustände verursacht und schließlich das demokratische System in Deutschland gestürzt

Vorbereitung einer "staatsgefährdenden Gewalttat": Die Ermittler gegen "Vereinte Patrioten" sind auch in

Geschrieben von: Lorenz

Freitag, den 15. April 2022 um 07:43 Uhr

werden. Zudem war die Entführung bekannter Personen des öffentlichen Lebens Bestandteil der Pläne.

Durch die umfangreichen Ermittlungen des LKA in enger Zusammenarbeit mit der ZeT_rlp konnten bundesweit zahlreiche Personen identifiziert werden, die sich der Gruppe zurechnen lassen und die die Pläne unterstützen. Die Personen sind der Corona-Protestszenen und Reichsbürgerbewegung zuzuordnen. Einige sind bereits polizeilich bekannt. Koordinierte bundesweit durchgeführte Maßnahmen führten gestern zur Sicherstellung von Waffen (insbesondere 14 Lang- und sieben Kurzwaffen sowie eine Kriegswaffe, namentlich eine Kalaschnikow), Munition im mittleren dreistelligen Bereich, Bargeld in Höhe von 8.900 Euro, zahlreichen Goldbarren und Silbermünzen, Devisen im Wert von über 10.000 Euro sowie zur Festnahme von vier Beschuldigten.

Ab dem Mittag durchsuchten Kräfte der Polizeien Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Brandenburg, Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen 20 Objekte. Insgesamt waren 3 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie rund 270 Beamtinnen und Beamte im Einsatz, darunter auch Spezialeinheiten.

Die Beschuldigten sind deutsche Staatsangehörige im Alter von 55, 54, 50, 42, und 41 Jahren. Ihnen werden die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, und Verstöße gegen das Waffen- und Kriegswaffenkontrollgesetz vorgeworfen. Die Maßnahmen dauerten bis in den späten Nachmittag an. Die Einsatzkräfte stellten zudem Mobiltelefone, diverse Datenträger, Notebooks sowie zahlreiche schriftliche Unterlagen betreffend die Umsturzplanungen, gefälschte Impfpässe sowie gefälschte Testzertifikate sicher. Die kriminalistische Auswertung dieser Gegenstände, insbesondere die der Datenträger und Mobiltelefone, wird eine geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Gegen die festgenommenen Beschuldigten sind Haftbefehle beantragt worden. Sie sollen heute dem zuständigen Ermittlungsrichter vorgeführt werden.“